

Bezugspreis
für Halle monatlich für zweimalige
Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich
3.00 Mark, durch die Post 3.00 Mark
ausschließlich Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im an-
schließlichen Zeitungs-Verzeichnis unter
„Ecole-Zeitung“ eingetragen. Für an-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Zustimmung der
„Ecole-Zeitung“ gestattet.
Gernsey der Schriftleitung Nr. 1149,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1153
Postfach-Route Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die bespaltene Kolonnenbreite
oder deren Raum mit 30 Pfg. berech-
net und in unseren Annoncenstellen
und allen Anzeigen-Blättern ange-
nommen. Reklamations die Seite 1 Mt.
Schluss der Anzeigenannahme
vermittags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abstellun-
gen von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheinet täglich einmal
Sonntags ausnahmsweise
Schriftleitung und Haupt-Verlags-
stellen: Halle a. S. Postfach Nr. 24.
Haben-Verlagsstelle Markt Nr. 17.

Nr. 313.

Halle, Sonnabend, den 7. Juli

1917.

Neue Massenstürme der Russen.

Vom Lügenfeldzug unserer Feinde.

Es ist keine Lüge so dumm, sie findet doch ihr Publikum. Das ist ein alter Erfahrungssatz, der sich in diesem Kriege wieder hundertfältig aufs neue bestätigt hat. Besonders was die Lügen und Verleumdungen über Deutschland anbelangt. Schon gleich bei Kriegsausbruch mußten wir uns überzeugen, daß die Wölfer unserer Feinde und die Neutralen, daß die ganze Welt mit Lügen, Verheerungen, Verdrehungen und Verleumdungen gegen Deutschland überhäufert war und immer mehr überhäuft wird. Wir waren in diesem Punkte noch so ahnungslos, so harmlos naiv, daß wir uns, als die Schauergerüchte über das angebliche brutale Verhalten unserer Offiziere und Soldaten in Belgien auf die Menschheit losgelassen wurden, erlauchten fragten, wie es möglich ist, daß Leute, denen man doch einen gewissen Bildungsgrad und einiges Unterscheidungsvermögen zutrauen dürfte, derartiges ohne weiteres glauben. Inzwischen konnte man sich sagen, daß das Erzählungen und Erfindungen waren, die man als die Ausgabezeit widrigeren Einbildungskraft gegenwärtiger Leser und unerantwortlicher Heher ansehen durfte. Es schien wenigstens so, als ob sich die amtlichen Stellen unserer Feinde nicht daran beteiligten. Aber dies stellte sich als ein schwerer Irrtum heraus. Die sogenannte englisch-belgische Greuelkommission unter Führung von Lord Bryce, des früheren englischen Botschafters in Washington, eines ungewöhnlich geistig hochstehenden Mannes, veröffentlicht einen Bericht, der mit dem amtlichen Stempel versehen in die Welt ging und an den Band von angeblichen Zeugnisausagen alles das zu befestigen schien, was vorher von unerantwortlicher Stelle erpunden worden war. Dieser reich mit Silber ausgetatete Bericht, der auch nicht mit einem einzigen tatsächlichen Beweise belegt werden konnte, hat uns in der ganzen zivilisierten Welt unendlich viel geschadet und schadet uns noch heute; die mit dem Amtsstempel der englischen und belgischen Regierung versehenen Lüge macht noch immer ihren Weg weiter durch die Welt.

Aber diese belgischen Greuelberichte waren nur der Anfang der Schauergerüchte, die von unseren Feinden gegen uns in der ganzen Welt in Umlauf gesetzt wurden. Von immer neuen und immer schrecklicheren Untaten der deutschen Barbaren und Hunnen wählten diese Verleumdungen zu erzählen, und sie wurden mit solch Tamtam und mit solchem Wust von Überhebungen vorgetragen, daß sich offenbar niemand die Mühe machte, die Wahrheit dieser Erzählungen und die Glaubwürdigkeit ihrer Quellen nachzuprüfen. Von den Sentimentalen der Barlang-Zeute, der King Stephen-Mannschaft und von vielen, vielen anderen, durch unumschließliche Belege bewiesenen Untaten und Verbrechen der Verbandsangehörigen hörte man dagegen nie und nirgendwo, wo Verbandsstapel und Verbandspresse hinkamen, auch nur des geringste Wortchen.

Den Gipfelpunkt aller unerhörten Verleumdungen bildete die vor einigen Monaten aufgetauchte, durch Enttarnung eines Artikels im „Berliner Vorläufer“ enttarnete Kadaver-Verwertungs-Geschichte. So schändlich sie war, so dumm war sie zugleich. Die Deutschen sollten die Leichen ihrer gefallenen Kameraden zu Teufel austraten! Und doch fand diese ungeheuerliche Lüge, die von englischer und belgischer Seite ausging, ihr Publikum. Sie ist um so ungeheurer, als jedermann weiß, wie zynisch das Verhalten der Franzosen und Engländer ihren eigenen Taten gegenüber ist. Unsere Feinde lassen sie häufig beobachtet und gemeldet wurde, die Leichen unbedeutend verpackt oder benutzt sie als Brutkasten. Neue gemachte aller Bienen aber, die größte aller Dummheiten, fand ihre Krönung dadurch, das im englischen Unterhaus Lord Robert Cecil erklärte, die englische Regierung habe die Verbreitung dieser Nachricht begünstigt, nicht, weil sie bewiesen sei, sondern weil eine solche Tat den Deutschen wohl zutrauen wäre. Ein neuzeitliches Blatt, „Stockholms Dagblad“, schrieb damals: „Lord Robert Cecil's Zugeständnis, daß die englische Regierung die Verbreitung einer solchen Entstellung der Schilderung aus dem „Vorläufer“ begünstigt hat, muß überall in der neutralen Welt, wo die Parteiennahme im Krieg nicht jeden Rest von Befinnung geraubt hat, Entsetzen und Vergewer erzeugen.“

Die lächerliche Geschichte, die anfangs den Dunkelmannen an der Themse ihre Dienste geleistet hat, scheint nun doch allmählich immer mehr auch bei unseren Feinden als ein gemeiner Schwindel erkannt zu werden. Aus Briefen geht hervor, daß selbst die Soldaten, deren Blut gegen die Deutschen mit dieser Geschichte neu erstickt werden sollte, schon lange nicht mehr daran glauben, sondern sie als das erkennen, was sie in Wirklichkeit war: eine beispiellose rohe Verleumdung zum Zweck der Verhöhnung! Interessant ist in dieser Hinsicht ein Artikel von André Lichtenberg in der „Victoire“, dem Organ Gustave Heros, der vor weiterer Verbreitung falscher Gerüchte und Verleumdungen über die Deutschen warnt. Nachdem man sich durch Verbreitung der Lüge über die deutschen Kadaververwertungs-Anstalten bei dem deutschen Publikum und bei den Neutralen lächerlich gemacht habe,

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 6. Juli abends. (Amtlich.)
Dem Westen nichts Neues.
In Ostgalizien ist die Schlacht heute neu entbrannt; Massenstürme der Russen sind zwischen Zborow und Konjusch und bei Bregany unter schweren Verlusten für den Feind zusammengebrochen.

Oesterreichisch-ungarischer Heeresbericht.

WTB. Wien, 6. Juli. (Amtlich wird verlautbart):
Oesterlicher Kriegsschauplatz.
Südlich des Cassin- Tales wurden bereitgestellte russische Angriffsstuppen durch unsere Artilleriefeuer zerstört. Im galizischen Grenzabschnitt hat das feindliche Artilleriefeuer gestern nachmittag und heute früh wieder aufgenommen. Westlich Zborow wurde heute ein Angriff abgewiesen.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.
Keine besonderen Ereignisse.
Der Chef des Generalstabs.

Letzte Depeschen.

Unser erfolgreicher Luftangriff auf Harwich.

WTB. Berlin, 6. Juli. Die deutschen Luftstreitkräfte haben den Quellen englischer Kraft einen neuen schmerzlichen Schlag zugefügt. Der Angriff galt diesmal dem Hauptstützpunkt und Schützpunkt der englischen großen Flotte. Am 4. Juli vormittags 8 Uhr erschienen deutsche Flugzeugschwärme über Harwich und belegten Stellung und Flugzeuge ausgiebig mit Brand- und Sprengbomben. Die Großflugzeuge erzielten in den Wesenalen, Warandlagern, Docks und Werften, auf einem Flugplatz und auf mehreren Kriegsschiffen zahlreiche Volltreffer. Die Mare Sicht getratete eine deutliche Beobachtung der Einschläge. In den Docks entstand ein großer Brand, der während des Rückfluges über See noch lange zu erkennen war. Der dem Gegner zugefügte militärische Schaden ist bedeutend. Der Nachrichtendienst des Feindes hat diesmal besser gearbeitet. Schon vor der Themse-Blindung empfing die Flugzeugschwärme hartes Abwehrfeuer der vor der Diktate liegenden britischen See- und Luftkräfte. Der Gegner folgte mit Feuer während des ganzen weiteren Fluges. Besonders harte Gegenwirkung zeigte über Harwich ein. Ueber der Zeitung kam es mit den zahlreichen, zur Abwehr gestarteten feindlichen Flugzeugen zu zahlreichen Luftkämpfen. Sie verliefen ergebnislos für den Gegner. Der Wikramer führte in gerader Strecke 130 Kilometer über See. In der Gegend von Zeebrügge erwarteten neue feindliche Kampfkräfte, von der Station Wikramen die Bombenschwärme. Aber auch die mit ihnen sich entsprechenden Einzelangriffe brachten dem Gegner keinen Erfolg. Die deutschen Flugzeuge sind vollständig in ihren Heimathäfen gelandet.

Wieder ein amerikanisches Bataillon.

WTB. Paris, 5. Juli. Laut „Temps“ geht heute ein amerikanisches Bataillon zur Front ab.

Die Unruhen in Amsterdam.

e. B. Amsterdam, 6. Juli. Die Amsterdamer Unruhen sind in ein neues Stadium getreten. Nachdem der Zustand des Volkes mit Gewalt beendet wurde, sind neue Ausschreitungen unter den Weibern hervorgerufen worden. Als die Nachricht der Munitionsfabrik vor den Schloßhofen erschien, um zur Arbeitsetzelle zu kommen, hielten sie auf viele Streikende und bald entspann sich ein Handgemenge, das natürlich den Hübel wieder auf die Beine brachte. Immer größer wurde die Menge, die sich über den Harlemers Platz, den Harlemers Kai und die Nebenstraßen ergoß. Militär und Polizei erschienen bald auf der Bildfläche. Verschiedene Salven wählten abgefeuert werden und bald waren die Straßen geäubert.

Krawalle in Oesterreich.

e. B. Wien, 6. Juli. Im Eisenwerke Wittowitz und in den Kohlengruben des dortigen Bezirks haben in der letzten Zeit Protestkundgebungen größerer Umfangs stattgefunden, zu deren Umwehrung Militär einmarschieren mußte, das von der Waffe Gebrauch machte. Es gab einige Verwundete. Die Ursache der Unruhen bildeten die Schwierigkeiten in der Lebensmittellieferung, die schon seit einiger Zeit andauern, aber man hofft, daß sie mit Beginn der neuen Ernte eine Besserung erfahren werden.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

folte man sich hüten, einem seit der Schlacht bei Messines neu entstandenen Gerüchte, wonach man Leichen deutscher Artilleristen mit Ketten an ihre Geschütze gefesselt vorgefunden habe, Glauben zu schenken. Wirklich heißt es in dem Artikel: „Neulich erst habe ich darauf hingewiesen, wie sehr der patriotische Stolz einer großen Anzahl Franzosen gereizt worden ist durch die widerliche Legende von den deutschen Kadaververwertungs-Anstalten, worüber sich unsere Feinde zur Erbauung ihrer Landleute und der Neutralen in Umlauf gemacht haben. Deshalb habe ich mit einem gewissen Ansehen gelegentlich des englischen Erfolges bei Messines gewisse Kommentare aufzusuchen sehen, laut denen die Leiden deutscher Artilleristen mit Ketten an ihre Geschütze gefesselt aufgefunden sein sollen.“

Der gesunde Menschenverstand, der so lange bei unseren Feinden durch fanatischer Hoff und aufgereizter Mut vollständig überwacht war, scheint sich also in einzelnen Köpfen doch wieder allmählich zu regen. So allerdings die Warnung der „Victoire“ bei der Mehrzahl unserer Feinde viel Wirkung haben wird, ob diese nicht vielmehr trotz dieses Herzensblais ruhig weiter verleumdungen, verdröhen und Lügen werden, bleibt abzuwarten. Nach allem, was wir bisher erlebt haben, darf man keine allzu großen Hoffnungen haben.

Die Neutralen mögen sich hüten!

Berlin, 6. Juli. „Der National“ bespricht Willens-Motivation der Neutralen mit den freundlichen Worten: Es ist nicht anständig, daß die europäischen Neutralen, nach dem die Bräutigamszeit mit ihren Familien getrieben haben, sich erlauben, die schon heute so geringe Sonne, die von dem Kriegsbearbeitung des Verbandes ihnen fällt, für ihre Weltanschauung mit Beschlag zu legen. Für uns und unsere Verbündeten sind die Neutralen „unmilde Wäuler“ und „hübenes Gerümpel“, solange sie anstatt der brennenden wirtschaftlichen Fragen des Augenblicks die Hände in den Schoß legen. Die Neutralen mögen sich hüten! Die Zeit der herkömmlichen Neutralität, der schließlichen Anstand ist vorbei. Die Neutralen können den eigenen Geleisen des Krieges nicht durch ein selbstwilliges Selbstabstehen entgehen.

Wir können nur jedem Neutralen empfehlen, die Weltanschauung genau zu lesen. Sie kennzeichnet den Grad der Verwirklichung in Staaten besser als zwanzig pessimistische Reden in der Kammer, übertrifft aber zugleich an brutaler Rohheit des Tons alles, was sich die Ententepresse bisher den Neutralen gegenüber geleistet hat. Die Neutralen mögen darauf sehen, wie alle lähnen Bräulen von der Freiheit der kleinen Nationen sofort verfliegen, wenn Italiens und (man darf wohl verallgemeinern) der Entente etwases Interesse auf dem Spiele steht.

Rußland.

Die verschwenderische Revolution.

Aus Genf schreibt uns unser Korrespondent: Das Leben im revolutionären Petersburg schildert ein Berichtler des Pariser „Journal“ unter einem besonderen Gesichtspunkte. Mit Staunen hat er die grenzenlose Lust zum Geldeausgeben, zum Kaufen und Verschwendung wehrgenommen, die früher schon dem vornehmsten Russen nicht fremd war und sich jetzt auch der gesamten Arbeiterklasse bemächtigt hat, nachdem ihr durch die Revolution dreis, vier- und fünfmalige Aufbesserung der Löhne zuteil geworden ist. Der wahnwitzige Eifer, mit dem sich die Arbeiter auf des Wohlleben stürzen, hat das wirtschaftliche Leben des Landes geradezu aufgewühlt.

In den Ledergeschäften kann das Angebot der Nachfrage nicht mehr entsprechen, und die Preise sind in einer für russische Verhältnisse ungeachteten Weise in die Höhe getrieben. Für ein Paar schlechte Schuhe bezahlt man 120 Kr., für einen Anzug 500, für einen gewöhnlichen Strohhut 35 Kr. Um dem ungeheuren Andrang zu begegnen, suchen sich beispielsweise die Schuhgeschäfte dadurch zu helfen, daß sie den Verkauf von etwa 300 Paar Schuhen ankündigen und Rechnungsnummern an die Kaufwilligen zu verteilen versprechen. Die Käufer aber stellen sich schon am Vorabend ein und lassen sich auf dem Bürgersteige häuslich nieder, um auf mitgebrachten Matratzen die Nacht zu verbringen. In schroffem Gegensatz zu den malerischen Nachtquartieren von Hunderten, die so allabendlich — nach dem „Journal“ — auf offener Straße zu sehen sind, steht die lebhafteste Begierde des kleinen Mannes, der durch die Revolution ein großer Herr geworden ist, nach sofortiger Teilnahme an Luxus der allerersten Kaufhäuser und Schlemmerrestaurants ...

Neue Divisionen.

Stockholm, 6. Juli. Laut „Allonslaget“ besetzt der Obersteiter und Generalmajor in Tornea Drahtschneidern, daß die Offiziere in Galizien den Russen nicht weniger als neun Divisionen gestiftet hat.

Sog.) Die Artikel sind in der „Völpinger Volkszeitung“ erschienen, aber als Klugblatt durften sie im Interesse der Ruhe und Sicherheit (Königs) für welche die militärischen Ziele im vornehmsten sind, nicht erscheinen.

Abg. Kuchhoff (Zp.) wünschst Auskunft über die Maßnahmen gegen die Kohlennot.

Unterstaatssekretär Dr. Richter: Vorkriegsmaßregeln sind im Gange durch Vermehrung der Arbeitskräfte und Regelung der Verteilung.

Abg. Dowe (Zp.) fragt nach der Regelung des Verbrauchs elektrischer Kraft.

Unterstaatssekretär Dr. Richter: Die Angelegenheit, deren Bedeutung der Reichstag nicht verkennt, unterliegt zurzeit der Prüfung.

Abg. W. Göttingen (natl.) fordert Maßnahmen zur Einziehung unlauteurer Kriegsgewinne (anlässlich des Prozesses Kupfer).

Ministerialdirektor Dehrhoff: Es sprechen neue Erwägungen, von deren Ergebnis die Maßnahmen abhängen werden.

Abg. Göhre (Soz.) fragt nach Maßnahmen gegen die planmäßige Erhöhung der Wohnungsmiete.

Ministerialdirektor Dr. Bismarck: Die Notlage der Hausbesitzer kann nicht beseitigt werden. Eine gewisse Erhöhung der Mietpreise ist zur Vermeidung eines Zusammenbruchs der Hausbesitzer gerechtfertigt. Der Reichstagler mit dem Bundesrat alsbald Vorstöße machen um eine Erhöhung der Mieten über das notwendige Maß zu verhindern.

Es folgt der Bericht des Verfassungsausschusses über die Frage der

Veränderung des Wahlrechts im Reich.

Abg. Müller-Reinigen (Zp.) bittet namens der Kommission um Annahme der Resolution, die alle, schon vor dem Kriege erhobene Forderung, in entfalte.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die veränderten Bedingungen sind der Ansicht, daß hinsichtlich der Wahlrechts-Einstellungen eine Neuordnung geboten ist. Eine Vorlage zur Vernehmung der Reichstagsmandate wird dem Reichstage zugehen, und zwar so rechtzeitig, daß die kommenden Wahlen auf dieser Grundlage vorgenommen werden können. Es soll hierdurch das ganze Volk zur freudigen Mitarbeit an Reich und Staat veranlaßt werden. Die Vorlage wird dem Reichstag der Öffentlichkeit übergeben, und in diesem Geiste werden die veränderten Regierungen mit dem hohen Hause diese Reform durchführen. (Beifall.)

Abg. Dr. Graubauer (Soz.): Dieses Entgegenkommen ist nur eine kleine Abflächung.

Abg. Stadthagen (unabh. Soz.): Der Beschluß des Verfassungsausschusses ist die schlimmste Verschlechterung. Das beweist die Zustimmung der Regierung. Die Wahlrechte müssen durchweg neu eingeteilt werden. Die Verhältniswahl ist allgemein einzuführen, nicht nur für die Städte.

Damit schließt die Debatte.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt, der Ausschussantrag angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. nachmalige Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags um ein weiteres Jahr. Die Vorlage wird in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen, ebenso nach kurzer Erörterung die gleiche Vorlage für die Verlängerung der Legislaturperiode des Landtags für Elsaß-Lothringen.

Eingegangen ist eine Interpellation der Sozialdemokraten betr. Obst und Gemüse, sowie Kohlennot u. s. w. (Witzelgeugung.)

Nächste Sitzung Montag 3 Uhr: Bericht des Hauptauschusses über äußere und innere Politik, Kreditvorlage. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Berliner Finanz- und Wirtschaftsbrief.

Die Wirtungen der stark erhöhten Preise, des außerordentlichen und fortgesetzten Geldzuflusses, der Selbstverständlichkeit der Warenabnahme, zeigen sich von Woche zu Woche mehr. Die Börse will aus ihrem engen Kreise heraus, sie strebt die Wiederherstellung des amtlichen Wertes an, Kapitalerhöhungen werden auf Kapitalerhöhungen, und schon hat man eine Reihe von Neuankünften unternommen. Bis Ende 1916 wurde der Kapitalmarkt wieder für Erhöhungen nach für Gründungen in nennenswerter Weise in Anspruch genommen. Das hat sich seit Beginn 1917 sehr geändert. Im ersten Halbjahr sind 73 Aktiengesellschaften mit rund 87 Millionen Mark Kapital gegründet worden gegen 30 Gesellschaften mit rund 44 Millionen Mark Kapital im ersten Halbjahr 1916. Ferner hat man 873 Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem Gesamtkapital von 117 Millionen Mark neu errichtet gegenüber 700 Gesellschaften mit nur 55 1/2 Millionen Mark Kapital in der ersten Hälfte des Vorjahres. Viel erheblicher jedoch sind, wenigstens auf dem Aktiengeld, die Kapitalerhöhungen ausgefallen. Nicht weniger als 112 Aktiengesellschaften haben ihre Kapitalien um insgesamt rund 215 Millionen heraufgehoben. Es ist nachgerade eine Kapitalerhöhungswelle über die Gesellschaften gekommen, so daß sogar der preisliche Minister für Handel und Gewerbe dagegen eingeschritten ist. Der Minister hat sich in zwei Fällen gegen die Zulassung neuer Aktien zum Verkehr an der Berliner Börse ausgesprochen. Er hätte natürlich auch andere Fälle herausgreifen können, er wollte aber nur warnen. Sichtlich lassen sich die Verwaltungen das Vorgehen des Ministers als wirklich zur Warnung dienen. Selbstverständlich ist der Zustand, daß Kapitalerhöhungen eine irgendwelchen Grund zwingender Art vorgenommen werden, höchst ungesund. Man will die Kapitalien vergrößern, man will Gelder, die ausgeschüttet werden und damit in die gesamte Volkswirtschaft gebracht werden müßten, festhalten, man will noch anderes mehr. Aber schließlich ist diese Erscheinung ein Ergebnis des Kriegswirtschafts, das gar nicht ausbleiben konnte. Wer die ewigen Preissteigerungen verfolgt hat, wer gesehen hat, daß am Industriemarkt jeder Preis gehoben werden konnte und gehoben wurde, der würde genau, daß die Gesellschaften sich überziehen müßten und daß sie eines Tages danach trachten würden, ihre überflüssigen Gelder entweder loszuwerden oder sie in irgend einer Weise vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Gegen diese Aufblähung der Unternehmungen wäre zu Beginn des Krieges aber oder nach in seinem weiteren Verlaufe etwas zu tun gewesen. Jetzt ist es zu spät.

Der vorletzte Juniausweis unserer Reichsbank zeigte bekanntlich einen Rückgang des Geldbestandes um ungefähr 76 1/2 Millionen Mark. Es ist nicht der Preise, immer wieder darauf aufmerksam zu machen, daß jedes Goldstück und nach Möglichkeit auch jedes überflüssige goldene Schmuckstück an die Reichsbank abgeliefert werden muß. Ablieferungs-

und Sammelstellen gibt es ja gerade genug in Deutschland und eigentlich müßten auch die Münzungen genügen, die bisher an die Wägen von Goldmünzen und Goldschmuck zwecks Ablieferung ergangen sind. Selbstlieferung ist Zeitverlust, ist Unwirtschaftlichkeit, ist Dienst am Vaterlande. Die Reichsbank braucht das Geld, weil sie nicht nur während des Krieges aus verschiedenen Gründen ihren Bestand wahren und nach Möglichkeit mehren muß, sondern weil sie auch in der Ueberzugsperiode Wirtschaft und insbesondere gleich bei Friedensschluß mit einem möglichst großen Bestande an Gold dastehen muß. Diejenigen, die ihr Gold zurückhalten, schädigen tatsächlich die Allgemeininteressen. Wir wollen doch nach Kriegsende möglichst bald wieder volkswirtschaftlich in die Höhe kommen. Dazu gehören Rohstoffe, Rohstoffe und nochmals Rohstoffe, und solche Rohstoffe bekommt man nicht, wenn man nicht Gold ins Ausland führt. Jeder Lefer dieses Blattes sollte sofort unter seinen Freunden werden, er sollte sofort alles Gold, das er irgend durch Zureben und Wahnungen von seinen Bekannten und Freunden erhalten kann, zur Reichsbank bringen. Geldweert entsteht dadurch nicht, im Gegenteil in vielen Fällen Geldweert. Aber heute hoch Gold zurückbehalt, der ist entweder dumm oder mißtrauisch oder beides zugleich.

Der Verfassungsausschuß vom 30. Juni zeigte zwar seinen Rückgang des Geldbestandes mehr, sondern eine kleine Erholung um 116 000 Mark, aber es muß ein- für allemal dafür gefordert werden, daß der Goldschatz unseres Zentralbankinstitutes sich nicht wieder vermindert. Deshalb trägt Euer Gold zur Reichsbank über zu den Stellen, die es an die Reichsbank weiter leiten!

Deutsches Reich.

Die Vernehmung der Reichstagsmandate.

Der Antrag des Verfassungsausschusses.

Der erste Bericht des Verfassungsausschusses ist jetzt veröffentlicht worden. Er bringt die Ausschuss-Verhandlungen über die Resolution Verminen und Gen. über 1. die Verabreichung des aktiven und passiven Reichstagswahlrechts auf das vollendete 20. Lebensjahr; 2. die Einführung des Frauenwahlrechts; 3. die Einführung der Verhältniswahl für den Reichstag; 4. die Wahlzeit auf einen Sonntag oder Freitag festzusetzen; außerdem legt der Antrag vor, die Verhältniswahl lediglich für die Reichskreise mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs einzuführen. Bei der Abstimmung wurden die Anträge 1 bis 3 mit allen Stimmen gegen 8, der Antrag 4 mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Der Antrag 5 wurde mit 16 gegen 9 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. Der Verfassungsausschuß beantragt demgemäß:

1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bestimmt, daß die zu einer allgemeinen neuen Festlegung des Verhältnisses der Wählerzahl zu der Zahl der Abgeordneten die Wahlrechte mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, eine entsprechende Vernehmung der Mandate — unter Einführung der Verhältniswahl für diese — erhalten;
2. die zur Wahlrechtsfrage eingegangenen Petitionen als durch diese Beschlüsse für erledigt zu erklären.

Heber diesen Antrag wird der Reichstag in seiner Vollversammlung am Freitag beraten. Dem vom Abg. Müller-Reinigen vorgetragenen Bericht ist eine Uebersicht der Reichstagswahlkreise, nach der Bevölkerungsgröße geordnet beigegeben. Danach gibt es 335 Wahlkreise mit einer Bevölkerung von über 100 000 Seelen, 70 Wahlkreise mit über 200 000 Seelen, 25 mit über 300 000, 15 mit über 400 000, 11 mit 500 000, 5 mit über 600 000 und mehr. Die bevölkerungsreichsten Wahlkreise sind Teltow-Besow-Charlottenburg (1 315 601), Berlin 6 (865 637), Bismarck-Gesellschaft (764 774), Hamburg 3 (723 392) und Mühlheim-Zülpberg (615 730). Der geringstbevölkerte Wahlkreis ist Schaumburg-Lippe.

Im Hauptauschuß des Reichstages

bemerkte der Staatssekretär des Innern zur Ratulage, daß der Rückgang ihres Wertes nicht durch den inneren Wert des Geldes, sondern durch die Passivität der Handelsbilanz hervorgerufen ist. In Ergänzung seiner früheren Ausführungen über den U-Boot-Krieg betonte der Staatssekretär, daß seine Ueberzeugung über die Unfehlbarkeit seiner Wirkung sich schon seinerzeit darauf stütze, daß die Lonnage der Einfuhr nach England vor dem Einsetzen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sich um 4,1 Millionen Tonnem im Frieden bis auf 2,2 Millionen Tonnem verringerte. Eine weitere Verminderung müßte in absehbarer Zeit auf den Punkt führen, wo die Einfuhr-Lonnage den Bedürfnissen Englands nicht mehr zu genügen vermag. Hierauf befragt der Präsident des Hauptauschusses die Ernährungsfrage. Die Lage sei ernst und finde bei vollstündiger Ernährung in den Industriestädten habe die Bevölkerung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen; in gleicher Weise aber auch die Landwirtschaft, der es an Arbeitskräften fehle. Bedauerlich sei, daß die Erzeuger und Verbraucher über die Schwierigkeiten nicht genügend im klaren seien und sich gegenseitig mit Vorwürfen belegten. Die Ernährung sei durch die Herabsetzung der Brotration gefährdet. Die Erhöhung derselben sei bereits am 1. oder 15. August möglich; sie hänge ab vom Kriegsergebnis bzw. Frühdruck. Mit der Erhöhung der Brotration werde auch gleichzeitig die Verfestigung zur Schonung der Viehhaltung einbeschränkt werden müssen, ob dauernd, werde sich zeigen. Ab Anfang oder Mitte August werde mehr Wehl gegeben werden können. Bestimmte Voraussetzungen über die neue Ernte seien heute unmöglich. Die Weiler seien trotz außerordentlicher Schwierigkeiten restlos besetzt worden. Die Ausfußen für Brotgetreide seien in der Wehrzeit auf über befristend. Der schlechte Stand auf ganz leichtem Sandboden in der Umgegend von Berlin dürfe nicht verallgemeinert werden. Der Stand der Kartoffeln sei vorläufig fast überall gut. Man könne hoffen, daß die Kartoffelernte, die erste Grundlage der Ernährung, wesentlich besser werden würde als im Jahre 1916. Der Bestand an Futter- und Erlen sei trotz der starken Schlachtungen der Schweine im Verhältnis zur den Futtermöglichkeiten eher zu hoch als zu gering. Im Verblei müßte die Schweinehaltungfrage nach Vorfrage des Verfassungsausschusses, der Deutschland bereits, mit Nachdruck erforderlich sei, gelöst werden. Gelöbte das, könne man der Versorgung im neuen Entscherte mit vollem Vertrauen entgegengehen.

Der Reichstagsauschuß für das Hilfsdienstgesetz

befähigt sich am Donnerstag wiederum mit einer Reihe von Petitionen, in denen über die verfügte Stilllegung von Betrieben Klage geführt wurde. Von nationalliberaler Seite wurde die Auslösung vertreten, daß zur Erleichterung von Petitionen, die sich gegen die Stilllegung einzelner Betriebe wenden, der Ausschuss eigentlich nicht zuständig sei. Er könne sich unmöglich als Oberinstanz in einer Angelegenheit etablieren, die durch Ausführung wurde von sozialdemokratischer Seite miderprochen. Es wurde herangezogen, daß der Ausschuss nicht zuletzt für eine ordnungsmäßige und sachlich einwandfreie Durchführung des Hilfsdienstgesetzes eingesetzt ist. Dienen Ausführungen wurde allseitig zugestimmt.

Besuch von Vertretern der österrischen Presse.

WTB. Berlin, 6. Juli. Auf Grund einer Einladung, die von den Organisationen der deutschen Zeitungsverleger und Journalisten an den neu gegründeten Verein „Österrische Presse“ in Konstantinopel ergangen war, werden eine Anzahl hervorragender österrischer Pressevertreter in der nächsten Woche aus außerordentlich willkommene Gäste der deutschen Presse in Berlin erscheinen. Wie wir hören, werden die künftigen Herren aus Leipzig, München, Frankfurt a. Main und Köln beisehen. Die Ankunft in Berlin wird am 12. Juli erfolgen; die Rückreise wird am 25. Juli angetreten werden.

Ausland.

Handelsvertragsverhandlungen der Mittelmächte.

T. U. Budapest, 5. Juli. Der Premierminister Graf Esterhazy begab sich nach Wien, wo die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Deutschland ihren Anfang nahmen. Seitens der ungarischen Regierung werden noch der Handelsminister Graf Czerny und der Finanzminister Graf an den Verhandlungen teilnehmen.

Keine Begnadigung des Dr. Friedrich Adler?

Wie aus Wien gemeldet wird, gehört der Würdiger des Grafen Stürgkh, Dr. Friedrich Adler, nicht zu den durch den Unmissetzler Kaiser Karls Begnadigten.

Kabriet der italienischen Marineministers.

Lugano, 5. Juli. Admiral Trianni, der italienische Marineminister, ist zurückgetreten infolge der in den Geheimnissen der Kammer gegen ihn gerichteten Angriffe.

Villa umjüngelt.

Bern, 6. Juli. Nach einem halbamtlichen merikanischen Bericht, den die „Agenzia Americana“ verbreitet, soll General Villa nahe der stark bewachten Grenze der Vereinigten Staaten von mexikanischen Regierungstruppen umjüngelt worden sein und zuletzt wegen Mangel an Munition habe er die Uebergabe angeboten, wenn sein Leben und das Leben seiner Soldaten gesichert werde. Unkennbar weigert sich aber die mexikanische Regierung, mit Villa zu verhandeln, weil sie ihn als Rebellen betrachtet.

Halle und Umgebung.

Halle den 7. Juli 1917.

Der Minister des Innern gegen den Schleichhandel.

Amlich wird gemeldet: Gegen den Schleichhandel wendet sich ein besonderer Erlass des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten. Trotz aller Gegenmaßnahmen nehme der Schleichhandel immer weitere Ausdehnung, so daß es eines nachdrücklichen Vorgehens als bisher bedürfe. Insbesondere soll gegen die schleichenden unzulässigen Geld- und Schmutzgeschäfte, Konditionen, Wäckerlein, Restloshandelsstoffe usw. unmissverständlich eingeschritten werden, da diese an dem Schleichhandel hauptsächlich beteiligt seien. Über der sofortigen Beschlagnahme der Schließung der Betriebe und der Ausschließung einzelner Einzelhändler sei die gerichtliche Strafverfolgung anzustreben. Die öffentlichen Handwerksbetriebe der gemeinsten Betriebe wie die eines aelternes Mittel besiedelt, um das Vorbeher wirksamer zu gestalten. Die polizeiliche Nachschau soll unter Zusammenziehung aller verfügbaren Vollzugsbeamten so häufig als möglich vorgenommen werden.

Regelung des Gänse-Verkaufs.

Stichtpreise. — Schlachttiere.

Nach der nunmehr vorliegenden Verordnung des Reichskanzlers über den Handel mit Gänsen dürfen lebende Gänse nur nach 1. und 2. Absatz verkauft werden. Wenn die Verkaufung im Juli erfolgt, dürfen beim Verkauf von lebenden Gänsen durch die Händler oder Mütter für das Stück nicht mehr als 18 Mark bezahlt werden. Dieser Preis erhöht sich im August auf 17 Mark und im September auf 16 Mark. Die Preise haben die gleiche Minderungen auf die Verkaufung, die vor dem Inkrafttreten der Verordnung abgeschlossen sind und gelten ab Stalk des Händlers oder Mütter. Beim Weiterverkauf darf insgesamt ein Zuschlag von 2 Mark einschließlich der Beförderungskosten nicht überschritten werden.

Die Stichtpreise für geschlachtete Gänse betragen: Beim Verkauf durch den Händler oder Mütter an Händler frei Versand 8,50 M für 1 Pfd. Beim Verkauf durch den Händler an den Kleinhandeler 8,75 M für 1 Pfd. Beim Verkauf durch den Händler an den Verbraucher in Gemeinden bis zu 10 000 Einwohner 4,00 M für 1 Pfd. In Gemeinden über 10 000 Einwohner 4,25 M für 1 Pfd. Beim Verkauf der Händler oder Mütter an den Verbraucher (Gesamtwert bis 100 000 Einwohner) 3,75 M für 1 Pfd. Ueber 100 000 Einwohner 4,00 M für 1 Pfd. Die Preise gelten für ungeöffnete geruente Gänse und schließen die Kosten der Verpackung ein. Stroh darf bei der Verpackung nicht verwendet werden. Die Landesratsbehörden können niedrigeren Preise festsetzen und den Verkauf lebender Gänse nach Bedarf einschränken. Es bleibt ihnen vorbehalten, auch für den Verkauf von Gänsefleisch in Zeiten und für Erzeugnisse daraus Stichtpreise festzusetzen. Die entgeltliche Abgabe von geschlachteten Gänsen durch den Händler oder Mütter ist vom 25. November ab bis auf weiteres verboten. Vom 1. August ab wird der Verkauf von lebenden oder geschlachteten Gänsen oder auch von Gänsefleisch in Teilen an Händler, Händler, Mütter und Gastwirtschaften der Städte und einzeln an Einzelpersonen. Den Landesratsbehörden bleibt es vorbehalten, den Handel mit Gänsen von einer besonderen Erlaubnis abhängig zu machen. Von besonderem Wert ist sichtlich

